

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentlich 10 Pf. Hausausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postversandgeld. Preis der Einzelnummer 10 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint am allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Mitteilungen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorw. — Preis für die
gerollte Spalte aller Anzeigen 1.40 M. im Blocksetz 3.50 M. — Für unbedeutlich gezeichnete, sowie durch
Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Bekanntmachung für die Richtigkeit des Tages nicht übernehmen.

Das Prestige gewahrt

Nach den heftigen, um nicht zu sagen feindseligen Auseinandersetzungen, die zwischen der englischen und der französischen Presse in den letzten Wochen und Tagen wegen der endgültigen Regelung der oberschlesischen Frage und im besonderen wegen der Entsendung einer weiteren französischen Division nach Oberschlesien stattgefunden haben, wird weiten Kreisen die Meinung, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich erfolgt ist, überwiegend getommen sein. Dem schärferen Beobachter aber machen sich in den letzten Tagen doch gewisse Anzeichen bemerkbar, die auf eine Einigung schließen lassen. Vor allem war es der englische Außenminister Lord Curzon, der in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter in London den Wunsch nach weiterer Zusammenarbeit besonders nachdrücklich unterstrichen hat. Zumindest waren die tatsächlichen Gegenseite doch derart, daß die schnelle Einigung überzeugend war.

Die Entente ist also übereingekommen, einen gemeinsamen Schritt in Berlin zur Regelung des Truppentransports zu unternehmen. Dieser Truppentransport war von Frankreich gefordert. Es hatte an Deutschland das Ansehen gestellt, den Truppentransport durch Deutschland zu erleichtern. Deutlichkeit habe sich an England und Italien mit der Anfrage gewandt, ob die Förderung Frankreichs von den übrigen Entente-Staaten unterstützt werde. England und Italien haben diese Anfrage der deutschen Regierung verniedigend beantwortet. Darauf kam es zunächst zu der bereits erwähnten scharfen Auseinandersetzung zwischen der englischen und französischen Presse und zu Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen. Die auf fallend rasche Einigung, die in dieser Frage erfolgt ist, bedeutet zweifellos einen Erfolg Frankreichs, wenigstens einen äußeren Erfolg. Ob diesem aber wirklich innerer Wert beigegeben ist, das wird endgültig erst entschieden werden können, wenn nähere Mitteilungen über den Inhalt der erfolgten Einigung vorliegen. Nach Mitteilungen französischer Blätter, die kurz vor der Verständigung zwischen England und Frankreich veröffentlicht wurden, ist die Annahme berechtigt, daß es sich zunächst nur um einen äußeren Erfolg für Frankreich handelt. Die Franzosen sahen sich durch die Weigerung Deutschlands, den Truppentransport zu erleichtern, in ihrem Prestige bedroht und haben nun offenbar alles darangesetzt, wenigstens dieses zu wahren. So hatte der "Tempo" erklärt, man könne ganz gut zum Ziel, wenn man nur den Truppenmarsch im Prinzip Deutschland aufzwinge und dem Obersten Rat vorbehale, Beschluss zu fassen über Zahl und Art sowie über das Datum des Transportes der französischen oder interalliierten Truppen. Es ist, wie bereits bemerkt, leicht möglich, daß in dieser Mitteilung des "Tempo" die Erklärung für die rasche Einigung zu suchen ist.

Man hätte sich daher künftig vor voreiligen Schlussfolgerungen, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß trog aller vorhandenen Gegenseite zwischen England und Frankreich bisher immer noch die gemeinsamen Interessen stärker waren und daß diese letzten Endes immer wieder trotz aller widerstreitenden Gegensätzlichkeiten beide Länder zu gemeinsamem Vorgehen geeint haben. Dazu sollte man sich auch im deutschen Volke hüten, auf die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten allzu große Hoffnungen zu heften. Nichts wäre verfehlter als das. Man sollte bei uns in Deutschland niemals vergessen, daß die gemeinsamen Interessen Frankreichs und Englands außerordentlich groß sind und daß sie beide Länder gewissermaßen zwangsläufig auf gemeinsames Vorgehen einstellen müssen. Mit der über den Truppentransport erzielten Einigung ist allerdings eine Einigung über die oberschlesische Frage selbst noch keineswegs erzielt. Die französische Presse ist über die erzielte Einigung außerordentlich beeindruckt, verhehlt sich aber auch durchaus nicht die Gefahren, die dieser Einigung durch die bewußtstehenden sachlichen Verhandlungen über Oberschlesien drohen. So schreibt der "Petit Parisien": Soche der Regierung sei es, diesem ersten Schritt der Verständigung auf der Sitzung des Obersten Rates den zweiten Schritt folgen zu lassen, sonst werde sich im Obersten Rat ein noch unannehmlicher neuer Konflikt herausbilden. Damit er sich nicht verschlimmere, müsse Frankreich schon jetzt die neue Schwereigkeit ins Auge fassen: England will Deutschland fast ganz Oberschlesien übertragen mit Ausnahme der Bezirke Lublin und Płock.... Hier droht der gefährliche Konflikt. Eine Einigung würde höchstens möglich auf der Linie, die Graf Szorgo vorgeschlagen habe. Ähnlich äußert sich auch die Mehrzahl der übrigen französischen Blätter.

Wie wollen in diesem Zusammenhang auf die oberschlesische Frage selbst nicht eingehen. Wir lassen auch dahingestellt, ob die Mitteilung des "Petit Parisien" über die Absicht Englands zutreffend ist oder nicht. Für uns kommt es lediglich daran anzusetzen, daß die französische Regierung zweifellos alles aufbleiben will, England zur Aufgabe seiner bisher eingenommenen Haltung bezüglich Oberschlesiens zu bewegen. Das rasche Nachgeben Englands in der Frage des Truppentransports läßt gewisse Verhältnisse bereitstehen. Diese Gefahr wird sich verzögern, wenn Frankreich sich bereit finden würde, England für seine Maßgebungen Konzessionen auf andern Gebieten zu machen. Dieses war bis jetzt noch immer ein wirksames Mittel, die englische Re-

gierung französischen Wünschen gefügig zu machen. Das Nachgeben der englischen Regierung in der Frage des Truppentransports läßt darauf schließen, daß sie, obwohl sie anscheinend von der Ungerechtigkeit und der Vertragswidrigkeit der Forderungen und des Verhaltens Frankreichs überzeugt ist, in ihrer Haltung gegenüber den französischen Forderungen nicht diejenige Festigkeit besitzt, wie es Recht und Gerechtigkeit wünschen lassen.

Die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich

Zu der in einem Berliner Haft gebrachten Nachricht über die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangenen in Frankreich zur Verbüßung von Strafen in angeblichen Geheimdienstern wird uns mitgeteilt:

Nach Artikel 21 des Verhälter Vertrages ist die französische Regierung berechtigt, diejenigen Kriegsgefangenen, die wegen anderer als disziplinarischer Vergehen bestraft werden sind, zur Verbüßung ihrer Strafen zurückzubehalten.

Entsprechend Artikel 24 der Verner Vereinbarungen zwischen der deutschen und französischen Regierung über Kriegsgefangene und über Kriegspersonen vom 28. April 1918 wurden 827 deutscher Kriegsgefangene im Sonderlager Avignon zusammengezogen. Eine Liste dieser Leute wurde mit einer Note der französischen Regierung am 1. Oktober 1920 der deutschen Friedensdelegation in Paris übergeben. Dieser Note folge sollten sich außer den in der Liste genannten Kriegsgefangenen noch vier weitere namentlich aufgeführte Leute, von denen Schilling und Schottnecht in Toulon und Marseille im Lazarett, Eichholz und Aulen in Untersuchungshaft in Paris lebten, dann weiter keine anderen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich befinden. Es stellt sich aber bald heraus, daß noch eine Reihe von Kriegsgefangenen, die nachweislich sich in Gefangenenschaft in Frankreich befunden hatten und nicht bestraft waren, nicht in der Liste enthalten waren.

Eine Nachweisung solcher Kriegsgefangenen, 200 Namen ermittelnd, wurde der französischen Regierung nach im Oktober 1920 mit dem Erfuchen um Feststellung des Verbleibes dieser Vermissten übergeben. Nach dem jeweiligen Stand der damals fertiggestellten Nachforschungen aufgeschlüsselte Ergebnisse zu dieser Nachweisung enthalten je 200 weitere Namen, 120 der französischen Regierung mit dem gleichen Erfuchen im Januar und April 1921 übergeben worden. Auf diese Erfüllung hat die französische Regierung bisher nicht reagiert. Nur aus einzigen Anfragen bzw. einzelner der in den Vermissten aufgeführten Personen ist auf Grund des beigebrachten Sachverständigers eine Aufklärung gegeben worden. An der im Oktober 1920 der französischen Regierung überreichten Vermisstenliste befand sich auch Walter Modrow, von dem nur bekannt war, daß er drei Jahre Gefängnis absitzen habe. Erst durch selbstgebrachte Presse an den Hauptanschuß für Kriegsgefangene ist der Reichsgerichtsschiff für Kriegs- und Zivilgefangene inzwischen bekannt geworden, daß zwei Kriegsgefangene Deutsche, Walter Modrow und Albert Schollatz die auf der Avignontiste nicht enthalten sind, im Maison centrale de Paris zu Caen Gefangene zur Verbüßung von Strafen zurückgehalten werden. Sofort nach Bekanntwerden des Aufenthaltsortes des Modrow und des Schollatz ist die französische Regierung erstaunt worden, sie ebenso wie die anderen bestraften Kriegsgefangenen nach Avignon überführen zu lassen. Diesem Erfuchen ist bis jetzt noch nicht folgetreuworden. In dem weiteren hier bekannt gewordenen Fällen über die Zurückhaltung von Deutschen zur Verbüßung ihrer Strafen in Frankreich handelt es sich um Kriegspersonen, die nicht Kriegsgefangene Heeresangehörige gewesen sind, sondern Eigentümer al. Kriegsgefangene von der französischen Behörde bestimmt wurden. Das sollte Stereobild ist mittlerweile von der französischen Regierung auf dem diplomatischen Wege mitgeteilt worden, daß nach dem Urteil des zuständigen militärischen Befehlshabers kein Anlaß vorliegt, gegen den Täter, einen madagassischen Boston, einzuschreiten.

Die Verschärfung des polnisch-litauischen Konfliktes

Noch hält die oberhöchste Stufe der Entscheidung, und schon läufern sich neue Gewitterwolken am östlichen Horizont empor. Die Verhandlungen, die Litauen und Polen unter dem Pariser Vertrag von Rom, dem Präsidenten des Völkerbundes in Prag, über Wilna führen, sind gescheitert. Nach dem Vorschlag des Völkerbundes sollte das Wilnaer Gebiet in der Form eines autonomen Territoriums mit gewissen Souveränitätsrechten dem litauischen Staate angegliedert werden. Diesen Plan haben alle Beteiligten abgelehnt. Nach der Meinung des polnischen Landtages kann die Wilnaer Volksvertretung so lange als der Ausdruck der wahren Volksstimme gelten, so lange Zentralisation von Belogostki terrorisiert wird. Dieser wiederum hat an den polnischen Delegierten beim Völkerbund einen Brief gerichtet, worin er darauf hinweist, daß eine Lösung der Wilnaer Frage von Polen nur dann in Betracht gezogen werden darf, wenn die Bevölkerung von Zentralrussland (die unter dem Dach der polnischen Sowjetrepublik steht) ihr Einverständnis dazu gibt. Nach der "Gazeta Warszawska" dürfte sich in Polen keine Regierung finden, die dem Vorschlag des Völkerbundes ihre Zustimmung erteile. Doch wenn sich selbst im Warschauer Kabinett derartige Meinungen bemerkbar machen, würde im Sejm keine Mehrheit aufzubringen sein, die solch einen Vertrag ratifiziere. Sogar diejenigen unter den polnischen Politikern, die sich mit dem Projekt des Völkerbundes unter der Bedingung abfinden wollten, daß Litauen durch eine Föderation mit Polen verbunden werden sollte, geben den Vorschlag des Präsidenten Romas preis, nachdem sie sich davon überzeugen mußten, daß die "Gazeta Warszawska" weitere Verhandlungen mit den Warschauer Delegierten entschieden ablehnt.

Das Verhältnis zwischen Polen und Litauen wird infolgedessen von Tag zu Tag gespannter. Wie weit die Dinge schon

gediehen sind, beweisen die Institutionen, die Moskau klassifizieren, dem Vertreter Österreichs in London, am 8. Juli d. J. gestellte und die laut Nr. 160 des "Orienten Zeitung" vom 11. Juli folgenden Wortlaut hatte: „In allergrößster Zeit wird ein aggressives Vorgehen gegen Litauen von polnischer Seite erwartet. England hat sich bisher einer Vergewaltigung Litauens durch Polen wenig widerstellt, um Frankreich nicht zu reizen. Könnte man Lloyd George nicht den Vorschlag machen, eine Warnung an Polen zu erlassen? Wie wir auch Lettland würden und dieser Aktion anschließen. Ein Vorgehen Englands wäre sehr ernüchternd.“ Gang in. Einige dieser Verhältnisse regeln auch die Sonder diplomatische eine Annäherung zwischen Litauen und Lettland angestrebt, das bis jetzt freundliche Beziehungen zu Polen unterbrochen. Der Warschauer Regierung ist es bis zur Stunde nicht gelungen, ein Bündnis mit Finnland, Estland und Lettland unter Abschluß Litauens zu bringen. Dagegen hat am 21. und 22. Juli in Revel eine Wirtschaftskonferenz gezeigt, die positive Ergebnisse auf handelspolitisches Gebiete zwischen Lettland, Estland und Litauen zeitigte.

Inzwischen schlägt die bolschewistische Presse gegen Polen einen außerordentlich harten und herausfordernden Ton an. Sie beschuldigt die Warschauer Regierung insbesondere der absichtlichen Verletzung des Nigar Friedensvertrages. „Die gesamte Tätigkeit der polnischen Staatsmänner“, heißt es in einem Artikel des "Roter Werke", drückt die Meinungen des Vorbüches und der unehelichen Intrige.“ Das Warschauer Kabinett hinweist nun beständig die Russische Gewaltkrieger in einer energischen Note gleichfalls der Sabotierung des Nigar Friedensvertrages. Diese aber rüsten trotz aller Rotschreie, die aus dem Innern Russlands zu und dringen. Wie die "Gazeta Warszawska" in Nr. 192 vom 18. Juli mitteilt, soll die Note Krieg auf Grund authentischer Dokumente augenblicklich rund eine Million Infanteristen, 100.000 Kavalleristen, 350 Geschütze und 14.000 Maschinengewehre zählen.

Wie sehen, Oberschlesien ist nicht der einzige Culverhead an Deutschlands Ostgrenze. Das deutsche Volk hat alle Voraussetzung, die Vorgänge in den Randstaaten mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wir könnten sonst durch folgende Ereignisse unliebsam überrascht werden.

Zum Ableben des Abg. Trimborn

Bei der Auflösung des Reichsverbandes der deutschen Handelskunde Dr. Bösel nachfolgendes Gedächtnisprogramm an den Zahmeversohn Geheimrat Trimborns gewidmet:

„Wie erlebte in Heimat Trimborn unseren väterlichen Freund und Vater. Wie verehrte ihn als einen der ehrlichsten und besten Männer des deutschen Volkes. Wie bitten Gott, daß er ihm in der Ewigkeit den Raum für die Ruh und Sicherheit seines Lebens geben möge. Wir geloben, ihm Gedanken und Andachten.“

Heute haben Weidelegramme gehandelt der Vorsitzende der Katholischen Partei des italienischen Parlaments, Prof. Cavazzoni Teza, die Tirolese Volkspartei, der Vertreter der Römisch-katholischen Kirche in der Provinz Triest und Land, der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Partei Deutschösterreich.

Zum Reichstagspräsidenten ist folgendes Gedächtnisprogramm an die Reichstagsdeputation des Gentzums eingegangen:

„Noch haben Sie den Schmerz über den Tod unseres hochgeehrten Kollegen Otto nicht überwunden und schon kommt die niederschmetternde Nachricht, daß ihm die Nachwelt, allgemein geliebter und geachteter Richter, Herr Abg. Trimborn, in die Ewigkeit geht. Der Schlag wird Sie, da Sie ihm so nahe standen, furchtbar treffen, aber auch die überzeugte Partei und besonders ich, der ich in der letzten Zeit mehr Amtsfähigkeit des Verteidigers achtete und lobte, nehme an diesem Schmerz vollen Anteil. Mit Herrn Trimborn scheidet er mit Ihnen Otto eine historische Permanenz aus dem deutschen Parlament, sein Name wird in eine lange Zukunft leuchten.“

Vom Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften und dem Vater des Deutschen Nationalen Handlungsgesellen-Verbandes:

„Zu dem unerwarteten Hinscheiden ihres bewährten Führers, Geheimrat Dr. Trimborn und Vater Dr. Otto, gehalten wir uns, im Namen unseres Glaubens ihres Lebens unter herzigstem Gefühl auszusprechen. Wie vermögen durchaus den schweren Schlag zu erkennen, den Sie durch das Hinscheiden dieser bewohnten Habsburg erlitten haben. Desgleichen haben wir als Vertreter der uns angeschlossenen Angestellten Gelegenheit gehabt, mit beiden Herren, die auf dem Gebiete der Sozialpolitik einen führenden Namen hatten, persönlich in Verbindung zu treten und dürfen in dankbarer Weise sagen, daß wir seit einer gärtige Süße für die sozialpolitischen Wünsche der auf unserem christlich-nationalen Boden stehenden Angestellten gefunden haben. Wie dürfen dieser Verhältnisse keinen negativen Einfluß auf die Arbeit, die Verteilung eines höheren Gehalts, ges. Richter, Vorsitz.“

Von der Christlichen Vereinigung Budapest:

„Wie haben erstaunende Nachricht von dem Ableben Dr. Trimborns mit tiefer Trauer erhalten. Der Botschaftspräsident war eine wohlbekannte Figur des christlichen und nationalen Politik durch lange Delegations- und das Nicht seines Geistes zeigt uns so markant den Weg im Kampf der christlichen Prinzipien. Es nehmen die Partei der christlichen Vereinigung weitere Stärke und in den Tagen des gemeinschaftlich traurigen Todes der Glaube und die Hoffnung einer schönen Zukunft.“ Stefan Haller.